

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

43. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 9. März 1905.

№ 28.

Zur Generalversammlung.

„Viel Köpfe, viel Sinn!“ möchte man unwillkürlich ausrufen, wenn man alle die Wünsche und Hoffnungen verfolgt, welche sich an den „Dresdener Jungbrunnen“ knüpfen. Mit wahren Feuereifer werden die verschiedensten Vorschläge gemacht, hauptsächlich um eine Verbesserung unserer verschiedenen Unterstützungszeile innerhalb des Verbandes herbeizuführen; und wahrlich, wir Buchdrucker verdienen um unserer humanitären Vorschläge willen mit der „großen goldenen Medaille“ ausgezeichnet zu werden. Und das mit Recht! Sehen wir uns einmal den „Corr.“ der letzten Wochen an und nehmen hierzu noch einige sonstige Vorschläge und Wünsche: Hier will Argus eine von der Generalversammlung noch zu „verbessernde“ Höhe des Sterbegeldes bis zu 2000 Mk.; dort wünschen Kollegen, daß ihnen auf Wunsch vom sechzigsten Lebensjahre ab eine „Privatierrente“ in der bestehenden Höhe von 2 Mk. täglich aus der Verbandskasse verabreicht werde; heute überraschte mich sogar ein Kollege mit der Mitteilung, daß er beabsichtigt, einen Antrag zu stellen, wonach „allen Buchdruckern für jeden Sohn, der nicht wieder Buchdrucker wird, eine Prämie von 100 Mk. zu zahlen sei“; in Nr. 16 des „Corr.“ wünschen die Kollegen Kaiserlauterns einen „Opferhasen“ von ihrem Goutage „auf Gewährung der Arbeitslosenunterstützung an zu Friedensübungen einberufene Kollegen“ usw. Mein Herz, was willst du noch mehr? „Lebens-, Renten-, Prämien- und Militärdienstversicherungs-Gesellschaft des Verbandes Deutscher Buchdrucker und Schriftgießer“ — ein schöner Titel! „Papa Staat“ und „Mama Kommune“ können mit uns zufrieden sein; „freut“ es uns doch königlich, daß wir in verschiedenen Bundesstaaten durch unsere Unterstützungskassen noch hübsche Steuerobjekte abgeben. Geradezu überschwängliche Freude aber bereitet es uns, daß unter der deutschen Fiskuschaube noch „mehr“ Grütze vorhanden ist als z. B. unter dem schweizerischen Käppi. Hier wurde der Schichtwechsel an den Sechsmaschinen längst verboten, bei uns kommt er in Schwung; denn es wäre ja gottvergeßen, wenn den Prinzipalen die Dividenden geschmälert und wir der Fürsorge für unsere Arbeitslosen „beraubt“ würden. — Doch zur Sache!

Die Gründung einer „Witwenkasse mit fortlaufender Unterstützung“ scheint glücklich abgetan. An ihre Stelle tritt die Erhöhung des Sterbegeldes. Nehmen wir an, daß eine stufenweise Erhöhung des Sterbegeldes in Dresden beschloffen wird, dann stehen wir immer noch vor zwei Problemen: entweder Erhöhung des Sterbegeldes auf rein gewerkschaftlicher oder auf bureaukratisch-versicherungstechnischer Grundlage.

Eine rein gewerkschaftliche Basis wird aber nur geschaffen werden, wenn klar und deutlich ausgedrückt wird, daß nach so und so vielen Jahren ununterbrochener Mitgliedschaft ein Sterbegeld in dieser oder jener Höhe gezahlt wird.

Die bureaukratisch-versicherungstechnische Richtung dagegen wird und muß an einer Gegenleistung je nach den entrichteten Wochenbeiträgen festhalten.

Daß der Unterschied zwischen beiden Systemen ein ganz empfindlicher ist, will ich in folgendem nachzuweisen versuchen.

Als selbstverständlich nehme ich an, daß jedes Verbandsmitglied, welches mit einer stoffelrömigen Erhöhung des Sterbegeldes einverstanden ist, nicht vom „Millionärstiefel“ befallen, sondern mit Rücksicht auf die Elbogensfreiheit unseres Verbandes auch einen erhöhten Beitrag zu leisten willens ist. Wollen wir den Verband als Gewerksverein nicht gefährden, dann muß unbedingt eine Erhöhung des Beitrages um 10 Pfennig pro Woche eintreten, wenn wir auch nur einigermaßen eine der schon im „Corr.“ vorgeschlagenen Stufen erreichen wollen.

Vorausgeschickt möchte ich, daß es sich sowohl vom rein gewerkschaftlichen als auch vom versicherungstechnischen Standpunkte empfehlen dürfte, schon von 13 Wochenbeiträgen oder einvierteljährlicher Mitgliedschaft an ein Sterbegeld zu gewähren, und zwar in Höhe von 50 Mk. Dieses gebietet uns menschliches Empfinden, denn es kann

immerhin der Fall eintreten, daß ein junges Mitglied aller Angehörigen verlustig gegangen und gänzlich mittellos ist. In solchem Falle würde es wohl kein Kollege übernehmen, ein plötzlich vom Tode ereiltes Mitglied infolge Mangels jeglicher Barmittel einer Anatomie zum „Berwursteln“ zu überweisen.

Vom rein gewerkschaftlichen Standpunkte aus baue ich deshalb meine Skala folgendermaßen auf:

Bei ununterbrochener Mitgliedschaft wird ein Sterbegeld bezahlt:

nach 13 Wochen	von 50 Mk.
„ einem Jahre	„ 75 „
„ zwei Jahren	„ 100 „
„ vollendetem dritten Jahre	„ 125 „

steigend mit jedem weiteren Jahre um je 25 Mk. bis zum Höchstbetrage von 600 Mk.

Somit wäre nach vollendetem Mitgliedschaft von 22 Jahren der Höchstbetrag von 600 Mk. erreicht.

Wenn ich statt der „Wochenbeiträge“ eine „ununterbrochene Mitgliedschaft“ setze, so geschieht dies aus dem Grunde, weil ich diesen Ausdruck für den richtigeren halte. Seither war es Usus im Verbands-, von Wochenbeiträgen zu reden. Diese Uebung mag in allen den Fällen eine Berechtigung haben, in welchen das Mitglied zu Lebzeiten in Unterstützungsangelegenheit tritt: Meise-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. Für gänzlich unberechtigt aber halte ich den Ausdruck „Wochenbeiträge“ bei der Karenzzeit für das Sterbegeld.

Soll denn den Hinterbliebenen eines Kollegen, der unter den heutigen miserablen Zuständen im Gewerbe — der Arbeitslosigkeit — sehr zu leiden hatte, die Möglichkeit genommen sein, in eine höhere Stufe des Sterbegeldes einzuweichen, weil der Verstorbene nicht so und so viele „Wochenbeiträge“ geleistet hat? Nein!

Welcher Kollege leistet mehr, derjenige, welcher in „ewiger Kondition“ Woche für Woche seinen Nickel beirappt, oder derjenige, welcher Jahr für Jahr monatelang die Entbehrungen der Arbeitslosigkeit zu kosten bekommt? Doch gewiß der letztere.

Darum sage ich: Beim Sterbegelde fort mit einer Karenzzeit nach Wochenbeiträgen; die Zeit der ununterbrochenen Mitgliedschaft ist vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus zu bevorzugen!

Entweder muß vom versicherungstechnischen Standpunkte aus den Mitgliedern die Möglichkeit gegeben werden, die Höchststufe des Sterbegeldes durch „Wochenbeiträge“ zu erreichen, oder aber bleiben die Arbeitslosen usw. wie bisher von jedem Beitrage befreit! Will man erkeres, dann muß in Zukunft jedem Arbeitslosen, Reisenden, Kranken an seiner Unterstützung ein entsprechender Beitrag abgezogen werden; entfehmet man sich für letzteres, dann sind kurzfristige Karenzzeiten um so notwendiger, weil sie einem Gebote der Gerechtigkeit entsprechen und nicht „Wochenbeiträge“, sondern die Zeit der ununterbrochenen Mitgliedschaft maßgebend werden.

Nehmen wir mit 40000 Mitgliedern im Verbands. Erhöhung des Beitrages um 10 Pf. pro Woche — jährlich 208000 Mk.; hieron würden im Falle der Steuerbereinigung der Arbeitslosen usw. 10 Proz. der Mitglieder in Abgang kommen, verblieben 36000 Mitglieder mit einer Beitragsleistung von rund 187000 Mk. Ferner mit einer Sterblichkeit von 1 Proz. von 40000 = 400 Mitgliedern pro Jahr, so würden im Durchschnitt meiner oben angeführten Skala etwa 140000 Mk. Sterbegeld benötigt und etwa 45000 Mk. zur Ausgleichung etwaiger unerwarteter Anforderungen übrig bleiben.

Wie erreichen wir dieses Ziel am schnellsten?

Zu Beantwortung dieser Frage möchte ich folgendes empfehlen: Erhöhung des Beitrages ab 1. Juli 1905 um 10 Pf. pro Woche, Inkrafttreten vorstehender Skala ab 1. Oktober 1905 mit Wirkung für alle Mitglieder auf die Dauer ihrer bisherigen Mitgliedschaft im Verbands.

Würde dieser Vorschlag (selbstverständlich habe ich gegen Verbesserungen auch nichts einzuwenden) Gnade vor den Herren Delegierten zur Generalversammlung finden, so hätten wir bis Oktober etwa 45000 Mk. zur Sterbegeld-

erhöhung aufgebracht und ein „erleichtertes Buchdruckersterben“ könnte seinen Anfang nehmen: bei 22-jähriger Mitgliedschaft 600 Mk. Sterbegeld, somit gegen früher — 400 Mk. „Spet“.

Stuttgart. * * * A. B.

Nur noch einige Monate trennen uns von dem Tage, wo in der schönen Residenzstadt an der Elbe unsere Abgeordneten sich zusammenfinden, um über die eingegangenen Anträge zu beschließen. Und der Anträge und Wünsche sind gar viele!

Leber die Gründung einer Witwen- und Waisenkasse ist schon seit Jahren viel, sehr viel geschrieben worden. Wie manche Artikel über dieses Thema haben nicht schon die Spalten des „Corr.“ gefüllt! Auch ich bin bis vor kurzem ein Anhänger einer solchen Gründung gewesen, weil ich schon verschiedentlich Gelegenheit hatte, die Not und das Elend der Hinterlassenen verstorbener Kollegen zu sehen. Wie mancher brave Kollege ist nicht von hier gegangen, ohne seiner Familie etwas anderes als das Begräbnisgeld des Verbandes zu hinterlassen? Ist der verstorbene Kollege — wie das leider unter Buchdruckern fast immer der Fall ist — vorher längere Zeit krank gewesen, dann hat die Frau in vielen Fällen Schulden machen müssen, um den Hunger der Kinder zu stillen. Raum ist der Verstorbene in die Gruft gesenkt, so pocht auch schon das Hungergepenst an der Türe.

Wie gesagt, ich bin ein Anhänger einer Witwen- und Waisenkasse gewesen. Heute bin ich es nicht mehr. Nicht als ob ich kein Herz mehr hätte für die Witwen und Waisen, sondern ich habe mich durch die Aufstellung unserer Verbandskassierers Kasse befehlen lassen, daß wir an einer solchen Kasse nur wenig Freude, aber desto mehr Ärger und Verdruß haben würden. Denn daß eine Witwen- und Waisenkasse ein totgeborenes Kind wäre, wird wohl jedem einleuchten, nachdem er den Artikel des Kollegen Eisler gelesen hat.

Da gefällt mir der Vorschlag des Kollegen Z.-Schleswig weit besser, weil dadurch den Witwen und Waisen verstorbener Kollegen ein angemessenes Begräbnisgeld gesichert wird. Nur in einem Punkte bin ich anderer Meinung als der Schleswiger Kollege: Warum einen Unterschied machen zwischen verheirateten und nicht-verheirateten Kollegen? Ich meine, die ledigen Kollegen bezahlen dieselben Beiträge zum Verbands wie die verheirateten. Deshalb ist es nicht unbedeutend, sondern voll und ganz am Platze, wenn den ledigen Kollegen dieselben Unterstützungssätze eingeräumt werden wie den verheirateten.

Es ist gewiß kein so selten vorkommender Fall — wie es Kollege Z.-Schleswig hinzustellen beliebt —, daß ein lediger Kollege die einzige Stütze seiner alten Eltern ist. Im Gegenteil, ich glaube wohl behaupten zu dürfen, daß die Mehrzahl der Kollegen nicht vorzüglich genug gewesen ist in der Wahl ihrer Eltern, und daß es viele Eltern gibt, die auf die Unterstützung ihrer Söhne angewiesen sind. Da wäre es doch ein himmelschreiendes Unrecht, wenn den Eltern solcher Kollegen das Begräbnisgeld gekürzt würde, nachdem diese Kollegen vielleicht Jahrzehntlang dieselben Beiträge entrichtet haben wie die verheirateten.

Im großen und ganzen stehe ich dem Vorschlage des Kollegen Z.-Schleswig sympathisch gegenüber. Ich glaube, bei einigermaßen gutem Willen läßt der Gedanke sich verwirklichen.

Eins aber bitte ich zu beherzigen: Wollen wir etwas für die Hinterlassenen verstorbener Kollegen schaffen, dann sorgen wir dafür, daß es in der Weise geschieht, daß der Verband und seine Mitglieder auch später Freude daran haben.

Apentade. * * * M. C. Petersen.

Schon seit langem regen sich in allen Ecken und Landen die Geister, um ihre verschiedenen Wünsche zur Generalversammlung vorzubringen. Und groß ist die Zahl; wenn sie alle in Erfüllung gehen sollen, dann ist unser Verband eine große Verjüngungsanstalt für Buchdrucker. Am meisten tobt wohl der Kampf um eine Verbands-Witwen- und Waisenkasse. Leider ist die Hoffnung

auf eine solche nur eine sehr bedingte, denn vor der bessern Einsicht kann dieser Plan, so wünschens- und erstrebenswert er auch sonst ist, nicht bestehen. Man hat deshalb einen Ausgleich gesucht und ihn in der stufenweisen Erhöhung des Sterbegeldes auch gefunden, welche Erhöhung mit einer kleinen Beitragssteigerung durchzuführen ist. Nun haben aber alle Kritikschreiber die Sache sehr einseitig betrachtet, indem sie das Sterbegeld bloß für den Todesfall des Mannes aussetzen. Selbstverständlich ist dies der schwerste Fall, da der Mann der Ernährer der Familie ist. Undenkfalls muß ich aber betonen, daß das Sterbegeld nur eine erste Hilfe den Hinterbliebenen sein sollte; und diese erste Hilfe braucht der Mann beim Tode seiner Ehefrau gerade so gut als umgekehrt die Ehefrau beim Tode des Mannes. Bei einer Witwen- und Waisenkasse wäre dieses ja ohne weiteres in dem Statut enthalten. Da wir aber auf diese Kasse wohl verzichten müssen, so wäre es nur gerecht und billig, wenn vielleicht nach 250 Wochen Karenzzeit auch ein Sterbegeld von 100 Mk. beim Ableben der Ehefrau ausgezahlt würde. Jeder Kollege, der schon in der traurigen Lage war, seine liebe Geshäftin zu begraben, wird wissen, in welche Sorge ihn dies Unglück stürzte, und wie gut er gerade in dieser Lage eine Unterstützung gebrauchen kann. Ist es doch von dem geringen Lohne, mit welchem die Kollegen meist nach Hause gehen, gerade nur möglich, anständig durchzukommen; ein solcher Schicksalsschlag muß daher naturgemäß die Kollegen in Schulden und Sorgen stürzen, weshalb ihnen eine Unterstützung sehr vorteilhaft wäre. Ich habe diese Zeilen geschrieben in der angenehmen Hoffnung, daß sie von den Kollegen beachtet werden. Es sollte mich gewiß sehr freuen, wenn sie auf fruchtbaren Boden fielen und zur Generalversammlung gute Früchte trügen.

E.

H. W.

Vorschläge zur Generalversammlung.

Die Verhältnisse in unserem Verbands sind seit der letzten großen Tarifbewegung im Jahre 1901 wesentlich andere geworden. Die Tarifgemeinschaft und deren Anerkennung auch durch staatliche Behörden hatte eine Ausbreitung unserer Verbandsinstitutionen bis in die fernsten Winkel zur Folge und in Orten bzw. Druckereien, wo vor 10 bis 15 Jahren noch die Marke N.-B. florirte und der Verbändler noch als Umfützer und Revolutionsär bestrahlt wurde, ist heute das Verbandsmitglied zu Hause. Daß durch diese Umwälzung auch die Aufgaben des Verbandes seinen Mitgliedern gegenüber wesentlich andere geworden sind, kann wohl niemand leugnen. Es möge mir deshalb gestattet sein, auch einige Vorschläge zur Generalversammlung zu machen. Zunächst möchte ich da auf die schon in den letzten Generalversammlungen des Verbandes beantragte Herabsetzung der Karenzzeit für den Anspruch auf Invalidenunterstützung hinweisen. Seither betrug diese Karenzzeit: 5 Jahre für diejenigen, welche innerhalb des ersten Jahres nach beendeter Lehrzeit in den Verband eintraten; 10 Jahre für solche, welche nach dem ersten bis fünften Jahre eintraten, und 15 Jahre für diejenigen, welche später eintraten. Diese Einteilung paßt vorzüglich für den Großstädter bzw. für den, der bei der Auswahl seines Geburtsortes die nötige Vorsicht beobachtet hat, und durch die Gelegenheit, seine Lehrzeit in der Großstadt, wo der Verband schon länger Fuß gefaßt, absolvieren zu können, in die Lage kam, die Vergünstigungen dieser Institution sich vollständig anzueignen; sie mag auch früher einmal zeitgemäß gewesen sein. Für diejenigen Kollegen aber, die durch die Verhältnisse gezwungen waren, ihre Kenntnisse in Druckereien auf dem platten Lande sich aneignen zu müssen, in denen der Verbändler geradezu verpöbt war, die schon deshalb nicht in den Verband eintreten konnten, weil sie von den Einrichtungen desselben sich gar keine Vorstellung machen konnten, für diese Kollegen stellt die oben erwähnte Bestimmung des Statuts eine ungerechte Härte dar, die gemildert werden muß, da die meisten dieser Kollegen unter die 15 jährige Karenzzeit fallen. Ich möchte daher vorschlagen: § 1 der Verbandsbestimmungen, Unterstützung an dauernd Arbeitsunfähige, soll lauten:

„§ 1. Das Recht auf vorgenannte Unterstützung wird erworben: 1. nach 5 Jahren, wenn der Beitritt zum Verband innerhalb eines Jahres nach Beendigung der Lehrzeit erfolgt und Leistung von mindestens 150 Wochenbeiträgen in diesen 5 Jahren; 2. nach 10 Jahren, wenn der Beitritt nach Ablauf eines Jahres oder später erfolgt und Leistung von mindestens 400 Beiträgen in diesen 10 Jahren. Die Unterstützung beträgt 1 Mk. pro Tag und kann dieselbe wöchentlich oder monatlich erhoben werden. Wer nach den ad 1 und 2 zurückgelegten Karenzzeiten noch weitere 800 Wochenbeiträge entrichtet hat, erhält täglich 1,25 Mk. Fällt die Beendigung der Lehrzeit nach dem 24. Lebensjahre und erfolgt der Beitritt innerhalb des ersten Jahres nach vollendeter Lehrzeit, so greift die unter Ziffer 1 vorgesehene Karenzzeit; später Beitretende haben die nach Ziffer 2 festgesetzte Karenzzeit.“

Weiter möchte ich, da die schon des öfters ventilirte Witwenkasse voraussichtlich nicht verwirklicht werden kann, eine in bestehenden Grenzen gehaltene Erhöhung des Sterbegeldes beschränken und schlage vor: § 11 der Verbandsbestimmungen soll folgende Fassung erhalten: „An die sich legitimirenden Erben des verstorbenen Mitgliedes wird gegen Vorgeigung des Totenscheines ein Sterbegeld gewährt, daselbe beträgt bei Leistungen von:

13 bis 50 Beiträgen	50 Mk.
51 " 250 "	100 "
251 " 500 "	150 "
501 " 750 "	200 "
751 " 1000 "	250 "
1001 " 1250 "	300 "
1251 " 1500 "	350 "
1501 " 1750 "	400 "
1751 " 2000 "	450 "
über 2000 "	500 "

Unter 13 Wochen wird kein Sterbegeld bezahlt.“ Schließlich möchte ich noch hinweisen auf die Bestimmungen betreffs Erlass der Umzugskosten. Der Begriff „freiwillig“, der hier bezüglich der Höhe der Entschädigung maßgebend ist, ist denn doch sehr dehnbar und ungenau. Wo hört überhaupt „freiwillig“ auf und wo beginnt „freiwillig“? Ich möchte deshalb vorschlagen, den Absatz 5 des Kapitels Umzugskosten auf Seite 13 der Verbandsbestimmungen folgendermaßen abzuändern: „Mitglieder, welche weniger als 100 Beiträge geleistet haben, erhalten von vorstehenden Sätzen die Hälfte.“ Selbstredend müßte in diesem Falle auch Absatz 1 entsprechend geändert werden. Die hier gemachten Vorschläge könnten ohne jede Beitragsverhöhung akzeptiert werden, und würden sich die Delegierten bei der Generalversammlung gewiß den Dank des größten Theils der Mitglieder erwerben, wenn sie Abänderungen in dem genannten Sinne vornehmen wollten; dabei soll denselben natürlich vorbehalten bleiben, die oben erwähnten Anträge noch zu verbessern.

Schw. = G.

E.

Korrespondenzen.

P. Apenrad. Unsere diesjährige dritte Monatsversammlung fand am 4. März im Vereinslokale statt. Anwesend waren von 26 Mitgliedern 15. Man hatte in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung: „Stellung von Anträgen zur Generalversammlung“, erwartet, daß die Kollegen zahlreicher erscheinen würden. Zur Generalversammlung des Verbandes lagen vom Vorstande mehrere Anträge vor. 1. Unter Umzugskosten Absatz 1 die Worte: „infolge Arbeitslosigkeit, stattgehabter Kündigung seitens des Arbeitgebers oder wo ein Verbandsinteresse in Frage kommt“, zu streichen; ferner unter Absatz 5 die Worte „Freiwillig umgehende und“ zu streichen. 2. Unter Ortsunterstützung im § 2 hinter dem Worte Arbeitszeit „über wegen Förderung anständiger Behandlung“ einzufügen. 3. Unter § 3, Absatz 1, hinter dem Worte erreicht „sowie solche Mitglieder, welche zu Übungen einberufen sind“ einzufügen. 4. Im § 5 des Verbandsstatuts den Absatz 3: „In außergewöhnlichen Fällen erfolgt die Ausschließung durch den Verbandsvorstand mit Zustimmung der Mehrheit der Gauvorstände“, gänzlich zu streichen. 5. Die Generalversammlung wolle beschließen: „Im Sterbefalle wird ein Begräbnisgeld von 100 Mk. bei 50 Wochenbeiträgen, von 300 Mk. bei 500 Wochenbeiträgen und von 400 Mk. bei 1000 Wochenbeiträgen gezahlt.“ Von der Einführung einer Witwen- und Waisenenunterstützung wurde von der Mehrzahl der sich an der Debatte beteiligenden Kollegen abgesehen. Sämtliche Anträge wurden mit genügender Mehrheit gut geheßen, nachdem dieselben vom Vorsitzenden Peterßen begründet waren. Aus der Mitte der Versammlung wurde dann noch folgender Antrag gestellt: Unter b. Ortsunterstützung ist im Absatz 2, Zeile 6, hinter 140 Tage noch eine Stufe folgenden Wortlautes einzufügen: „bei 500 Wochenbeiträgen bis zu 30 Wochen (210 Tage)“. Dieser Antrag wurde ebenfalls akzeptiert. Nachdem noch einige Angelegenheiten lokaler Art besprochen waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Bautzen. In der am 5. März abgehaltenen Generalversammlung wurde der bisherige erste Vorsitzende wiedergewählt. Der nächste Punkt: „Anträge zur Generalversammlung“, zeitigte eine rege Debatte. Der Antrag: „Allen Mitgliedern, welche tausend Beiträge entrichtet haben, die erhöhte Unterstützung von 1,25 Mk. im Invaliditätsfalle zu gewähren“, fand nicht die nötige Unterstützung. Ebenso wurde von der Stellung eines Antrages auf Einführung der Witwenunterstützung abgesehen, da unter den gegebenen Verhältnissen ein solcher aussichtslos sei. Angenommen wurde der Antrag: „Mitglieder, welche zu einer Reserve- oder Landwehrübung einberufen sind, erhalten die Hälfte der ihnen nach § 1 der Ortsunterstützung zustehenden Unterstützungen.“ Ferner wurde die Art und Weise, wie gegen den bisherigen Gehilfenvertreter Günther seitens des Leipziger Gauvorstandes vorgegangen worden ist, einer Kritik unterworfen. Die Versammlung war einstimmig der Ansicht, daß damit der Tariffrage nur Schaden zugefügt worden und wünscht dieserhalb eine eingehende Behandlung dieser Angelegenheit auf der Generalversammlung. Des weitern war die Versammlung der Ansicht, daß, so lange nicht die Gewähr gegeben ist, daß der nunmehr zu wählende Kreisvertreter sein Amt event. erst dann niederlegt, wenn die Mehrheit des Tarifrates VII (nicht bloß eine Versammlung der Leipziger Kollegen) sein Verhalten als mit den Interessen der Mitglieder nicht vereinbar erklären würde, eine Beteiligung an der Wahl für alle außerhalb Leipzigs konditionierenden Kollegen überhaupt zwecklos sei. Als Kandidat zur Generalversammlung wurde Kollege Willmann einstimmig aufgestellt.

Delitzsch. Aus unserm Lobersstädtchen ist wieder etwas Neues zu berichten. Die Drucker Meyer & Sohn ging vor Weihnachten durch Kauf in den Besitz des Herrn Kämmerer über, nachdem der alte Besitzer trotz Tarif-

feindschaft, Lehrlingszucht usw. sich „abgewirtschaftet“ hatte, d. h. in Zahlungsschwierigkeiten geraten war. Nachdem der „neue Herr“ etwas warm geworden, wurde seitens des hiesigen Ortsvereins das Personal der Kreisblattdruckerei, welches aus Nichtverbändlern besteht und bis vor kurzem den jährlichen Lohn von 15, später 18 Mk. erhielt, zu einer Versammlung eingeladen, in welcher der Gehilfenvertreter Böschke-Galle und der Bezirksvorsitzende Müllers-Deffau die Kollegen aus ihrer lethargie auf-rüttelten und ihnen klar machten, daß es jedes Buchdruckers Pflicht sei, für seine heiligsten Güter, den Tarif, einzutreten. Vorher wurden die Kollegen Müller und Böschke bei Herrn Kämmerer zwecks Bezahlung des Tarifes vorstellig, was dieser auch versprach, später tun zu wollen, da er jetzt, nachdem er erst das Geschäft übernommen, nicht wisse, wo ihm der Kopf stehe. Uebrigens seien ja seine Leute zufrieden und noch nicht mit einer Lohn-erhöhung gekommen. Er habe für tarifmäßige Zustände ein williges Ohr, zumal seines Vaters Druckerei auch tarifiren sei. Jetzt wurde das Personal vorstellig und erzielte eine Lohnerhöhung von 1,50 Mk. mit der Zu-sicherung, wenn sich das Geschäft gehoben, er noch weitere Zulagen gewähren wolle. Wir wollen hoffen, daß Herr Kämmerer sein Versprechen einhält, damit auch diese Druckerei, welche jetzt Jahrzehnten das Schmerzenskind ist, endlich einmal tarifirt wird. Bisher konnte das Kreisblatt infolge seiner billigen Kräfte stets das Mindestgebot bei Submissionsarbeiten abgeben. Nun ist es an der Zeit, daß sich auch die Pringipale, dem Vorbilde ihrer Gehilfen gemäß, vereinen und nicht durch gegenseitige Preisdrückereien sich Konkurrenz zu machen suchen.

N. Bezirk Gera. Die Frühjahrsversammlung unsers Bezirks fand am 26. Februar in Gera statt und war von 125 Mitgliedern besucht. Außer von Gera waren Mitglieder auswendig von Bismarck 24, Weida 7, Anna 5, Schleiz 3, Triebes 1, Triptitz 1, Klosterlausnitz 1, Köstritz 1, Eisenberg 4, Papiermühle 4 und Ronneburg 1. Der Gauvorstand war durch Kollegen Helmholz vertreten. Die Versammlung wurde von der Sektionsabteilung des Ortsvereins Gera durch ein Lied begrüßt. Die Jahresberichte des Vorsitzenden und Kassierers wurden entgegengenommen. Die Mitgliederzahl ist im vergangenen Jahre um 15 gestiegen und betrug am Jahreschlusse 193. Von einem spezialisierten Berichte aus den Orten konnte abgesehen werden, da erst eine Statistik aufgenommen wurde; Eisenberg erhält nächstens eine Segmaschine. Das Bezirksstatut wurde in einigen Punkten abgeändert. Dem Ostern stattfindenden Gantage soll folgender Antrag zugehen: Das Mitglied C. Tiele aus Wittenberg, jetzt in Bernigerode, ist seiner früheren Rechte an den Verband für verlustig zu erklären und vom 8. Mai 1904 ab als neues Mitglied zu betrachten. Der gleiche Antrag soll der Generalversammlung des Verbandes zugehen. Die Angelegenheit hat seit langem ständig die Orts- und Bezirksversammlungen beschäftigt und die Mitglieder in Aufregung erhalten. Bezüglich der Anstellung eines besoldeten Gauverwalters war man geteilter Meinung; vorwiegend wünschte man, es möge beim alten bleiben. Als Punkt wurde gefaßt, dem Gaujahresberichte möchte ein Mitgliederverzeichnis beigelegt werden. Zur Generalversammlung des Verbandes soll ein Antrag gestellt werden, der an die zu militärischen Übungen einberufenen Kollegen Unterstützung vorsieht. Ein Antrag des Maschinenmeisterklubs Gera, der Verband möge die Kosten eines demnächst abzuhaltenden Maschinenmeisterkongresses tragen, wurde abgelehnt. Zwischen Gantage und Generalversammlung soll eine Bezirksversammlung in Anna abgehalten werden.

Göttingen. Die am 26. Februar abgehaltene Bezirksversammlung hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Außer der Mehrzahl der hiesigen Kollegen waren je drei Mitglieder aus Duderstadt und Northeim erschienen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende Bornemann in ehrenden Worten unsers verstorbenen langjährigen Gaukassierers C. Weber, erstattete dann den Jahresbericht, aus dem zu entnehmen, daß, nachdem auch die Druckerei Hanfisch im April v. J. den Tarif anerkannte, jetzt alle Druckereien am Bezirksvororte tarifiren sind. In Northeim hat die Firma Köhler im Juli v. J. den Tarif auch anerkannt. Nur in Duderstadt haben sich die Verhältnisse wenig geändert. Was Hann.-Münden betrifft, so herrschen dort die denkbar schlechtesten Verhältnisse; auch ist dort Ende v. J. in der Druckerei von L. Schneider eine Segmaschine (Monoline) aufgestellt worden. Ob dadurch wohl die dortigen Kollegen aus ihrer lethargie aufgerüttelt werden? Hoffen wir es. Was die übrigen zum Bezirke gehörigen Druckorte betrifft, so hält es schwer, über die Druckereiverhältnisse Näheres zu erfahren, da dort keine Verbandsmitglieder konditioniren. Es wird ein entsprechender, dem diesjährigen Gantage zugehender Antrag, falls derselbe die Zustimmung desselben findet, wohl etwas zur Aufklärung beitragen. Segmaschinen sind jetzt 5 in Betrieb, und zwar in Göttingen 3, Northeim 1 und Hann.-Münden 1. Betreffend Anträge zur Generalversammlung konnte sich die Mehrheit der Anwesenden nicht für die Gründung einer Witwen- und Waisenkasse erwärmen, jedoch wurde ein Antrag auf stufenweise Erhöhung des Sterbegeldes nach Beitragsjahren gestellt. Zum diesjährigen Gantage wurde beschossen, folgenden Antrag zu stellen: Der Gantage verpflichtet die Bezirksvorstände, im Laufe dieses Jahres alle zu ihren Bezirken gehörigen Druckorte zu besuchen und dabei die regste Agitation für den Tarif und Verband zu entfalten. Als Kandidaten zu Gantags-

belegierten wurden die Kollegen Bornemann und Lüdecke-Göttingen, Siebert-Northeim und als Stellvertreter Weidner-Huberstadt aufgestellt. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, wurde die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf den Verband geschlossen.

H. Königsberg i. Pr. Unsere letzte Versammlung beschäftigte sich u. a. wieder mit Anträgen zur Generalversammlung. Die Fragen der Einführung einer Verbandskassenkasse resp. Erhöhung des Sterbegeldes sowie der Gewährung von Lungungskosten auch an unverschuldeten Kollegen wurde zwar getreift, aber in diesen Sachen kein Beschluß gefaßt. Die Stimmung der Kollegenchaft ist auch hier mehr für Erhöhung des Sterbegeldes. Dagegen wurde folgender Antrag gegen eine Stimme angenommen: „Die Generalversammlung wolle beschließen, bei b) Ortsunterstützung, § 1, Absatz 2, einzufügen: „von 400 bis 750 Wochenbeiträgen wird auf die Dauer von 30 Wochen Ortsunterstützung gezahlt.“ Hierdurch würde bei der Abstufung der Ortsunterstützung zwischen 20 und 40 Wochen die Stufe von 30 Wochen eingeschaltet werden. Denselben Antrag werden auch andere Orte stellen. Einstimmig angenommen wurde auch ein Antrag des hiesigen Maschinenmeisterklubs: „Die Generalversammlung wolle beschließen, die Kosten des 1906 stattfindenden Maschinenmeisterkongresses aus der Verbandskasse zu tragen.“ Die Versammlung ließ sich hierbei von dem Gebanten leiten, daß die Arbeitsverhältnisse der Kollegen von der Maschine noch wesentlich verbesserungsbedürftig sind und daß ihre dahin zielenden Bestrebungen möglichst unterstützt werden sollten. In diesen Tagen gelangt an die hiesigen Behörden, Vereine usw. ein von den hiesigen tariffreien Prinzipalen und Gehilfen gemeinsam erlassenes Zirkular zur Verberingung, in welchem um Verberingung der Druckereien nur an tariffreie Druckereien ersucht wird. Ein solches Vorgehen wäre wohl auch in anderen Städten angebracht. Zum Schluß sei noch eines Vorkommnisses gedacht, welches zeigt, wie auch die Königsberger Buchdrucker unter der Saalfrage zu leiden haben. Unsere zum 21. Februar nach „Britisch Hotel“ (in welchem wir bisher noch nicht getagt haben) einberufene Versammlung konnte nicht stattfinden, weil der Wirt im letzten Augenblicke — angeblich der polizeilichen Ueberwachung wegen — seine Zulage zurückzog, so daß die inzwischen zahlreich draußen stehenden Kollegen wieder zurückwandern mußten, da die unangenehmen Momente sich nicht auflösten. Da nun aber einmal die Versammlung aberkannt war und um die Sache auch nicht allzu tragisch zu nehmen, sollen an diesem Abende in verschiedenen Lokalen noch jeftirfröhliche Spezial-„Versammlungen“ abgehalten worden sein. Unsere verzeitelte Versammlung hielten wir darauf am 27. Februar im „Hotel de Rome“ ab, das wir erst im Herbst wegen der Unzulänglichkeit des Saales aufgegeben hatten.

g. Udwigsburg. Am 26. Februar beging unter zahlreicher Beteiligung unser Ortsverein sein achties Stifftungsfest. Etwa 800 Anwesende lauschten dichtgedrängt der Abwicklung des reichhaltigen Programms. Aus dem Grün einer reichen Pflanzendekoration vor der Bühne ragte majestätisch die Blüte unsers Altmeisters hervor. Von der Höhe der Bühne schaute unser lieber Kollege und Verbandegründer Nid. Härtel aus seinem Porträt auf die Erschienenen herab. Das geschmackvoll ausgestattete Programm (hergestellt von der Firma D. Eichhorn, die damit einen Beweis gegeben hat von der Leistungsfähigkeit ihres Geschäftes sowie des Personales) verzeichnete außer einem vom Kollegen Kleinfelder gebildeten Prologe und den Vorträgen der Musik eine Reihe Männerchöre, die unsere Kollegen vom Gutenbergvereine in Stuttgart in zuvorkommender Weise unter stürmischen Applaus vortrugen und so einen Höhenpunkt zum Gelingen des schönen Abends beitrugen. Abwechslend schlug die städtische Sängerschaft (über 80 Mann) beim Publikum zarte Seiten an, wie dies im Vortrage des Buchdruckerchors „Mein Schicksal“ und des „Sonntagssibyll“ von Franz Abt geschah, um dann mit dem gewaltig daherbrausenden Herwegh'schen Liede „Die Sonne, der wir laug geharrt“ dem Publikum aufzuwarten, und so jedesmal die Herzen begeistert mit sich fortzuziehen. Die Bedeutung der Druckkunst wurde durch das zweifelhafte Beispiel „Der Sieg der Druckkunst“ veranschaulicht, das ebenfalls großen Beifall fand und Beweis ablegte, daß die Jünger Gutenbergs nicht nur am Kasten und an den Formendruckern, sondern auch auf den Brettern der Bühne ihren Platz mit Stolz behaupten. Gaubertwaller Knie hatte in bereitwilliger Weise die Festrede übernommen und schilderte darin die Entwicklung des Ortsvereins, betonend, daß im Ortsvereine Kollegen vorhanden seien, die auf eine Mitgliedschaft von 30 bis 40 Jahren zurückblickten, und daß manche Kämpfe durchzumachen gewesen seien, bis es gelang, der Tarifgemeinsamkeit Eingang zu verschaffen, der diese Woche nun auch die Firma Schnabel beigetreten. Er wünschte, diese Firma möge nun dem Tarife treu bleiben. Uebergehend zum Verbandsbeiräte er auch dessen Entwicklungsgang und stellte die Bedeutung der Tarifgemeinsamkeit in das richtige Licht. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband schloß Kollege Knie seine bedeutungsvolle Rede. Ein heiterer Schwan „Im Zeichen des Verkehrs“ und ein Tanzkränzchen beschlossen das wohlgelungene Stiftungsfest. Nur allzufröhlich führte das Dampfpaß die lieben Stuttgarter den heimatischen Penaten zu, es sei ihnen aber an dieser Stelle nochmals bestens gedankt. Unsere besten Wünsche begleiten sie bei ihren ferneren Unternehmungen. Auch der Firma D. Eichhorn besten Dank für das Entgegenkommen durch fast vollkommene Befreiung der Programme.

r. Mainz. Die Dreihundertjährige Jahresversammlung am 26. Februar war wiederum sehr gut besucht. Zunächst erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht über das abgelaufene Vereinsjahr, aus welchem zu entnehmen war, daß das Geschäftsjahr 1904 in gewerkschaftlicher Beziehung für Mainz im Zeichen des wirtschaftlichen Aufschwunges stand, was die Lohnbewegungen der verschiedenen Branchen am Plage deutlich bewiesen. Auch im Buchdruckergewerbe hat gegen 1903 eine bessere Konjunktur Platz gegriffen, jedoch spricht eine Ausgabe von 6985,75 Mk. für Arbeitslose am Orte eine so deutliche Sprache, daß man stets auf Mittel sinnen muß, hier Abhilfe zu schaffen. Auch leben wir gegenwärtig förmlich in der Zeit der Ausschüßkonditionen, wozu eine ganze Anzahl Kollegen leider verurteilt ist. Da an eine Verkürzung der Arbeitszeit vorläufig nicht zu denken sei, müsse darauf gedrungen werden, daß die Lehrlingskassa reduziert werde, denn die gegenwärtige Ausnutzung der Lehrlinge bedeute eine ganz empfindliche Konkurrenz für die Gehilfen. Ein weiterer Faktor, der unser Verbandsbudget ganz bedeutend belastet, sei der stetig im Wachsen begriffene Krankenstand. Die örtliche Krankengeldzuschußkasse hatte eine Gesamteinnahme von 2333,66 Mk. gegen eine Ausgabe von 2564,35 Mk., mithin ein Defizit von 230,69 Mk. trotz 235 Mk. Zinsen im abgelaufenen Jahre. Um nicht einer baldigen Auflösung dieser Kasse entgegenzugehen, beschloß man, ab 1. Januar 1905 den wöchentlichen Zuschuß von 4 Mk. auf 3 Mk. zu reduzieren. Verstorben sind im abgelaufenen Jahre fünf Kollegen, welcher in ehrender Weise gedacht wurde. Mitgliederstand Ende 1903 297, am Jahreschluß 1904 314. Aus der vom Gauvorstande veranstalteten Statistik war zu ersehen, daß sich im Bezirke Mainz 337 Gehilfen befinden, wovon 287 Verbandsmitglieder sind; die 50 Nichtmitglieder teilen sich wieder in 30 sogenannte „Wilde“ und 20 Gutenberghändler. Von letzteren 20 sind in jüngster Zeit 3 zum Verbandsübergetreten, während einer ausgeschieden wurde. Sechsmaschinen stehen in Mainz 9 (3 Linotypes und 6 Typographen), in Oppenheim 1 Typograph. In diesen 10 Maschinen werden 19 Sezer beschäftigt, zum Teile mit Schichtwechsel. Der Höchsthoh eines Maschinensezers beträgt 37 Mk. Gebirgsmarkt wurde auch noch das Beharren des früheren Verbandsmitgliedes und Kaufmanns Ludwig Jost, der bei keinem Gehilfen vier Beschäftigung besitzt. Das Jost auf tariflichem Wege nicht bekommen können, wird demnach die hiesige Handwerkskammer ihr mögliches tun. Die Agitation im Bezirke war eine stets rührige, was besonders die Entwicklung der Orte Bingen und Ober-Zingelheim zeigt. Gaben wir doch in Bingen 34 Verbandsmitglieder, denen 5 Nichtverbandsmitglieder gegenüberstehen, während in Ober-Zingelheim sämtliche Gehilfen dem Verbands angehören. Auch Oppenheim kommt vorwärts, indem dort bei 6 Gehilfen bereits 3 Verbandsmitglieder konditionieren. In Maye allerdings ist noch alles faul, aber das liegt weniger an den Prinzipalen als an den Gehilfen selbst. Es sind dies meist dort Eingesehene. In den anderen Druckorten konditionieren nur vorübergehend Mitglieder. In Gemeinschaft mit dem Gauvorstande wurde unter Einziehung der tariffreien Prinzipale eine Petition an den hiesigen Landtag gefaßt, wonach bei Verberingung der staatlichen Druckarbeiten nur tariffreie Firmen in Betracht kommen sollen. Besagte Petition wurde jedoch von Ministerialrat Braun in Darmstadt als überflüssig erachtet, mit dem Bemerkten, daß er ja schon 1900 gelegentlich der Gutenbergfeier das Versprechen gegeben habe, nur in diesem Sinne zu wirken; auch werde ja danach gehandelt. Aber gerade, weil diese Sachlage nicht die richtige ist, wurde petitioniert. Sollte dies Mißverhältnis nun fernerhin noch weiter so bestehen, so ist es nun Sache der Gehilfen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln vorzugehen. Der paritätische Arbeitsnachweis hat ebenfalls eine Besserung erfahren, indem sich allmählich die Prinzipale mehr daran gewöhnen. Mögen dies auch die Gehilfen beherzigen in bezug auf das An- und Abmelben. Was die Beziehungen zu der übrigen Arbeiterschaft betrifft, so können dieselben als gute bezeichnet werden; galt es z. B. finanziell zu helfen, so haben die Mainzer Buchdrucker stets ihre Schuldigkeit getan. Der Versammlungsbesuch war ein guter zu nennen, waren doch durchschnittlich 100 Mitglieder in jeder Versammlung anwesend, gleich 33 Proz. Redner dankte zum Schluß allen, welche im vergangenen Jahre mitgeholfen, das Vereinschiff in so glücklichen Bahnen zu bewegen, und endete mit dem Wunsche: „Durch Einigkeit zur Macht und durch diese zu materiellem Wohlergehen.“ Reicher Beifall lohnte den Redner. Der Kassierer gab alsdann Bericht über die Kasseneuerung, woraus zu ersehen, daß in der Krankengeldzuschußkassen Einnahmen und Ausgaben mit 10065,49 Mk. balanzieren, während ein gleiches bei der Bezirkskasse mit 8194,35 Mk. der Fall war. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Der Revisorenbericht gab hierauf den Bericht über die Reise- und Arbeitslosenkasse. Auch hier wurde durch die Revisoren Decharge beantragt, welchem stattgegeben wurde. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl des seitigeren Vorstandes bis auf einen Kollegen, für den eine Ersatzwahl stattfand. (Näheres unter Verbandsnachrichten.) Zum Schluß wurde noch ein Antrag eingebracht, in Zukunft jedem verstorbenen Mitgliede des Bezirksvereins Mainz eine Todesanzeige auf Kosten der Bezirkskasse im „Corr.“ zu widmen, welcher auch einstimmig Annahme fand, womit jedenfalls einem Wunsche vieler Kollegen entsprochen wurde.

Osnaabrück. Die am 26. Februar hier abgehaltene erste diesjährige Bezirksversammlung war seitens der auswärtigen Kollegen sehr gut besucht; von den Osnaabrückern kann man das leider nicht sagen, denn von diesen — etwa 60 an der Zahl — hatten es zwei Drittel vorgezogen, durch Abwesenheit zu glänzen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende Surodorf mit anerkennenden Worten des kürzlich verstorbenen langjährigen Gaubertwaller's Weber-Hannover, welcher seit dreißig Jahren im Gauvorstande tätig war und sich das volle Vertrauen aller Bezirke erworben hatte. Sodann erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, aus welchem zunächst hervorging, daß gegenwärtig stabile Verhältnisse herrschen; seine im vorigen Herbst gefloffenen schriftlichen und mündlichen Verhandlungen zwecks Einführung des Tarifes in einigen Orten des Bezirkes hatten insofern Erfolg, als der Inhaber der „Papenburger Ensetzung“ sowie die Herren Cronen-Plum und Solze-Fürstenauf sich unter der Voraussetzung zur schriftlichen Anerkennung bereit erklärten, daß ihnen die tariflichen Ausnahmestimmungen gewährt würden. Ein Entschluß hierüber seitens des Tarifamtes ist noch nicht erfolgt. Nach weiteren Mitteilungen schloß der Vorsitzende mit dem Wunsche, daß der nächste Jahresbericht noch ein günstigeres Bild zeigen möge; hierzu sei aber unbedingt erforderlich, daß der Vorstand von allen Mitgliedern, speziell von den auswärtigen, unterstützt, zum mindesten aber dessen Anfragen in tariflicher Beziehung rechtzeitig beantwortet werden. Einige weitere Punkte der Tagesordnung bedürfen wegen ihrer rein lokalen Bedeutung an dieser Stelle keiner Erwähnung. Bezüglich der jedenfalls auf der nächsten Generalversammlung des Verbandes zu verhandelnden Frage der Errichtung einer Witwen- und Waisenkasse nahm die Versammlung von der Stellung eines Antragstellers Abstand; dagegen fand folgende Resolution Annahme: „Da eine dauernde Witwen- und Waisenunterstützung nach dem vom Zentralvorstande gesammelten und veröffentlichten Materiale ohne erhebliche finanzielle Mehrbelastung der einzelnen Mitglieder als nicht durchführbar angesehen werden muß, spricht die am 26. Februar in Osnaabrück tagende Bezirksversammlung des Bezirkes Osnaabrück die Hoffnung aus, daß die im Juni abzuhaltende Generalversammlung des Verbandes eine italenmäßige Erhöhung des Sterbegeldes beschließen wird. Wenn ein diesbezügliches Vorgehen ohne Vertragsverletzung nicht möglich ist, so erklärt die Versammlung sich mit einer mäßigen Beitragserhöhung einverstanden.“ Diese Resolution soll dem noch vor der Generalversammlung abzuhaltenden Gantage unterbreitet werden. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden die bisherigen Mitglieder per Akklamation auf ihren Posten belassen. Nachdem dann noch beschlossen war, mit der nächsten Bezirksversammlung gleichzeitig ein Bezirksjohannisfest in Osnaabrück abzuhalten, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband geschlossen.

Bezirk Ostfriesland. Unsere diesjährige Bezirksversammlung wurde am 26. Februar in Norden in der „Börje“ abgehalten. Der Vorsitzende hieß die erscheinenden Kollegen willkommen, warf einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr und streifte dabei die bedeutendsten Vorgänge, die Maßnahme auszusprechen, daß wir immer bestrebt sein müßten, unsere Verhältnisse zu verbessern. Dann gedachte der Vorsitzende in ehrenden Worten der verstorbenen Kollegen Nijus und Dickmann, deren Vorkandidaten die Versammlung durch Erheben von den Eigen ehrte. Es waren anwesend 44 Mitglieder, und zwar aus Aurich 7, Embden 15, Gens 2, Norden 11, Weener 1, Leer 3. Der Jahres- und Kassierenbericht lagen „gedruckt“ vor — auf fotografischem Wege hergestellt. Der erstere betonte namentlich die bedeutend günstigere Lage unsers Berufes in Ostfriesland, da das abgelaufene Jahr das beste seit Bestehen des Bezirkes war und die Mitgliederzahl gegen 46 bei Beginn auf 60 am Schluß des Jahres gestiegen ist. Der Kassierenbericht schließt mit einem kleinen Verstande ab. Die Vertrauensmänner der einzelnen Druckorte berichteten über die Lage unsers Berufes im letzten Jahre. Aus allen Berichten ging hervor, daß allmählich bessere Verhältnisse in bezug auf Arbeitszeit und Entlohnung Platz greifen. Da in den Druckereien Friedrichs-Norderney und Schmepele-Norden tarifwidrige Verhältnisse eingetreten sind, wurde der Vorstand beauftragt, die Streichung dieser beiden Firmen aus dem Tarifverzeichnis zu beantragen. Der provisorische Gaubertwaller der Zahlstelle Embden gab einen kurzen Bericht über die Zeit seiner Tätigkeit. Im Anschlusse daran entspann sich eine lebhafteste Debatte über das Herbergsweien in Embden, es wurde die Wahl eines andern Herbergslokales empfohlen. Kollege Feeken-Emden erklärte sich zur Übernahme des Postens als Zahlstellenverwalter bereit. Die Revisoren berichteten, daß sie bei der Prüfung der Rechnungen und der Kasse des Bezirkes alles in bester Ordnung gefunden und beantragten Entlastung des Kassierers, die demselben von der Versammlung erteilt wurde. Der nächste Punkt betraf Anträge zur Bezirksversammlung. Auf Wunsch wurden die beiden ersten Anträge „Jährlich zwei Versammlungen abzuhalten“ und „Erhöhung des Beitrages“ unanfällig; nach Ablehnung der Erhöhung des Beitrages mußte der zweite Antrag fallen gelassen werden. Der Vorsitzende betonte trotzdem, es sei unbedingt erforderlich, daß der Vorstand bessere Führung mit den einzelnen Mitgliedschaften pflege. Ein weiterer Antrag: „Maßnahmen bei Sterbefällen“, wurde nach kurzer Debatte dahingehend erledigt, daß dem Vorstande es überlassen bleiben soll, in solchen Fällen nach Gutdünken zu

handeln. Sodann kamen die Anträge zur Generalversammlung zur Beratung: Einrichtung einer Witwenkasse, Erhöhung des Sterbegebotes. Der Vorsitzende und auch Kollege Brinmann-Emden sprachen einhellig gegen diese Einrichtungen, indem beide darauf hinwiesen, daß wir vielmehr Gewicht auf die Grundprinzipien unsers Verbandes zu legen hätten und auf keinen Fall den Ballast im Verbandswesen noch vermehren dürften. Einstimmig erklärte sich die Versammlung mit dem Eintreten für die Ablehnung dieser Anträge einverstanden. Bei der Beratung der Anträge zum Goutage gelangte ein Antrag des Vorsitzenden: „Der Goutage möge beschließen, dem Bezirke Ostfriesland jährlich eine Summe zum Zwecke der Aufführung zu überweisen“, einstimmig zur Annahme; es wurde dabei besonders betont, wenn der Goutage einsehe, daß die richtigen Mittel und Wege eingeschlagen würden, stelle er gewiß eine Summe zur Verfügung. Die Wahl des Vorstandes war rasch erledigt, der ganze Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. (Siehe Verbandsnachrichten.) Als Bezirksvorort wählte man Leer wieder und als Ort der nächsten Versammlung Emden. Unter „Sonstiges“ wurde ein Antrag des Vorsitzenden: „den Bezirksvorstand zu beauftragen, mit dem Gewerbestände in Verbindung zu treten, um die Entsendung eines Delegierten der Generalversammlung zum einmündigen Berichterstatter in Emden zu ermöglichen“, einstimmig angenommen. (Am liebsten wäre uns ein Mitglied des Zentralvorstandes. D. Schrift.) Der Ortsverein Emden will in diesem Jahre ein Johannisfest veranstalten und die Mitgliedstaaten Leer und Norden sowie die Kollegen der anderen Druckorte dazu einladen. Nachdem dann noch verschiedene interne Angelegenheiten gründlich besprochen — unter andern wurden die Kollegen daran erinnert, daß es Pflicht eines jeden sei, der sozialpolitischen Gesetzgebung mehr Interesse entgegenzubringen und dafür einzutreten, daß in die Vorstände der Krankenkassen nur organisierte Arbeiter gewählt werden, was für die Wahlen zur untern Verwaltungsbehörde namentlich in Betracht käme — und des weitern noch auf mehrere Mängel usw. aufmerksam gemacht worden war, betonte der Vorsitzende in seinem Schlussworte, fest zusammenzufassen und einmütig nach Kräften dafür einzutreten, daß sich die Verhältnisse in Ostfriesland bald zu günstigen gestalten. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen. Wir können mit dem Resultate dieser Versammlung sehr zufrieden sein, hat letztere uns doch aufs neue gezeigt, daß alle unsere Kollegen bereit sind, mit ihrer Person dafür einzutreten, günstigere Arbeitsbedingungen zu erringen. Der sich in Ostfriesland gerade jetzt zehrende Aufschwung in den meisten Druckereien, die Vergößerung vieler Betriebe usw., und die dadurch bedingte Mehrereinstellung von Verbandsmitgliedern kann diesen unsern Ziele nur günstig sein.

Strasburg. (Eingetretener Hindernisse halber erscheint der Bericht leider etwas verkürzt.) Ordentliche Mitgliederversammlung vom 5. Februar. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des kürzlich verstorbenen Kollegen (Zyvaliden) Carl Göller durch Erheben von den Sitzen. Über den Verlauf der Versammlung ist hauptsächlich folgendes zu berichten: Dem üblichen Berichte des Delegierten zum Gewerkschaftsartikelle über die Tätigkeit desselben während des verfloßenen Geschäftsjahres folgte die interessante Berichtserstattung der Kommission zur Prüfung neu einzustellen der Lehrlinge. Die Kommission besteht aus Prinzipals- und Gehilfenvertretern. Laut Bericht bestanden im letzten Jahre zehn Prüflinge, zwei wurden als untauglich zurückgewiesen. Ursache: mangelhafte Schulbildung! Ein Antrag des Berichterstatters (Kollege Rüh): „Die Kommission zur Prüfung neu einzustellender Lehrlinge wird beauftragt, in Gemeinschaft mit dem Vorstände und den Prinzipalen ein Reglement auszuarbeiten, auf Grund dessen die Prüfung der Lehrlinge in einheitlicher Weise zu erfolgen hat“, wurde hierauf mit großer Mehrheit angenommen. Im Anschlusse hieran ward in kurzen Worten der reformbedürftigen Stellenprüfung Erwähnung getan und gelangte ebenfalls zur Annahme ein Antrag des Kollegen Brühl: „Der Vorstand wird beauftragt, sich mit dem Vorstände der Handwerkskammer in Verbindung zu setzen, eventuell einen Antrag denselben zu unterbreiten, um als Organisation in der Stellenprüfungskommission betätigt zu sein.“ Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurde der bisherige Bezirksvorstand per Affirmation wiedergewählt. Zum Schlusse sei noch erwähnt, daß die beinahe seit Jahresfrist stillstehende Monotypbeangelegenheit bei der Firma H. Schulz & Co. hierseits durch Einstellung von Berufsgelehrten zu deren Bedienung (auch an der Gießmaschine) nunmehr ihre Erledigung gefunden hat, dank unermüdeltem Drängen seitens des Bezirksvorstandes. Die Klassenverhältnisse der Bezirkskasse gestalten sich nach Abschluß des zweiten Halbjahres 1904 wie folgt: Einnahmen 1738,75 Mk. (im Vorjahre 1687,10 Mk.). Ausgaben 1544,71 Mk. (1199,77). Kasienbestand am 30. Juni 1904: 3554,51 Mk. Mehrereinnahmen zum 31. Dezember 1904: 194,04 Mk. Mitl. Kasienbestand Ende 1904 3748,55 Mk. gegen 2874,78 Mk. im Vorjahre.

Stuttgart. Am 26. Februar wurde die Generalversammlung der Maschinenfabrikvereinigung für den Gau Württemberg hier abgehalten. Berieten waren: Stuttgart, Cannstatt, Ludwigsburg, Omünd, Göttingen, Eßlingen, Neutlingen, Dornbronn, Ulm, Heilbronn. Der stellvertretende Vorsitzende Häring erstattete den Jahresbericht, dem zu entnehmen ist: Die Zahl der Mitglieder

ist von 29 auf 45 gewachsen. Zu Anfang des Jahres 1904 waren in Württemberg 49 Sechsmaschinen in Betrieb, und zwar 20 Monotyps, 26 Typographen, 1 Monoline und 2 Thorne. Vor kurzem wurden in Stuttgart auch 2 Monotyps dem Betriebe übergeben. Die tariflichen Verhältnisse lassen noch manches zu wünschen übrig, doch ist, hauptsächlich in Ulm und Neu-Ulm, eine entscheidende Besserung zu verzeichnen. Sehr zu begrüßen ist, daß die Kollegen in Heilbronn endlich entschlossen sind, der Maschinenfabrikvereinigung sich anzuschließen. Aus diesem Grunde wird die nächste Duaralversammlung in Heilbronn abgehalten werden. Die Kollegen in Pforzheim, die trotz wiederholter Mahnung ihren Verpflichtungen gegen unsre Kasse nicht nachgekommen sind, wurden auf Antrag von der Generalversammlung aus der Vereinigung ausgeschlossen. Eine Erhöhung des Beitrags von 5 auf 10 Pfg. pro Woche wurde trotz der starken Ebbe in der Vereinskasse abgelehnt, um die noch Fernstehenden nicht vom Eintritte zurückzuführen. Die Beiträge werden von den Druckereikassieren in den einzelnen Druckereien eingezogen. Die Generalversammlung nahm verschiedene Anträge zur Tarifrevision an, die der Zentralkommission übermittelt werden. Dem seitigeren verdienten Vorsitzenden Baumhauer, der insolge widerlicher Verhältnisse seine Kondition aufgegeben hat, wurde der Dank der Versammlung ausgesprochen. Resultat der Neuwahlen unter Verbandsnachrichten. — Der Generalversammlung voraus ging eine Besichtigung der zwei Monotyps in der „Union“. Die Maschinen waren im vollen Betriebe und mit Interesse wurden die Erläuterungen von den beschäftigten Kollegen verfolgt. Der Geschäftsleitung sei auch an dieser Stelle für ihr Entgegenkommen der Dank ausgesprochen. — Der Abend vereinigte die Teilnehmer der Generalversammlung zu einer zwanglosen Unterhaltung in der Dinkeladerischen Brauerei. Den Sängern des Vereins „Kloppholz“, die durch Wieder- und humoristische Vorträge für Unterhaltung sorgten, sei ebenfalls herzlich gedankt. Die auswärtigen Kollegen schieben mit dem Bewußtsein, einige Stunden echter Buchdruckerfröhlichkeit erlebt zu haben.

Rundschau.

Die Beendigung der Sammlungen für die Ruhrbergleute kündigt die Generalkommission in der neuesten Nummer des „Correspondenzblattes“ an, was selbstverständlich im Einverständnis mit dem deutschen Bergarbeiterverbande erfolgt. Die bereits gesammelten Beträge sowie auf Listen noch ausstehenden Gelder sollen aber schnellstmöglich an den Kassierer Paul Horn abgeliefert werden. — Wir unterseits verweisen nochmals auf die erste Rundschauartikel in voriger Nummer und geben uns der Hoffnung hin, daß alle in Betracht kommenden Kollegen bemüht sein werden, uns bis zum 15. März die nötigen Angaben zu liefern, damit unsre Zusammenstellung, (die allerdings keine so detaillierte sein wird, wie verschiedentlich gewünscht) eine vollkommene sein kann.

Ferien bewilligte der Druckereibesitzer Georg Huber (i. Firma Aktienoberische Buchdruckerei) in Straubing dem Personale anlässlich seiner Vermählung. Nach dreijähriger Tätigkeit gibt es drei Tage, nach fünfjähriger eine Woche Urlaub. 20 Kollegen treten in den Genuß dieser Vergünstigung.

Auf eine Petition der Mitgliedschaft Neumünster betreffs Vergütung städtischer Druckarbeiten nur an tarifreue Druckereien erfolgte die Antwort, daß sich eine nähere Stellungnahme zu dieser Eingabe erübrige, da die Tarifdruckereien in der Regel schon mit der Herstellung amtlicher Druckarbeiten betraut werden. Warum wohl der Magistrat zu Neumünster nicht ausschließlich Tarifdruckereien berückichtigt?

Eine neue Buchdruckerinnung ist für den Regierungsbezirk Magdeburg in Sicht. Der Verein der Buchdruckerbesitzer dieses Regierungsbezirks hat einen auf Anordnung einer solchen Organisation abzielenden Antrag bei dem Regierungspräsidenten gestellt. Es ist dies dieselbe Vereinigung von Prinzipalen, welche im vorigen Jahre im „Corr.“ öfter Erwähnung fand wegen der von ihr beabsichtigten Verschlechterung der Lehrlingskassa, mit welchem Verlangen man jedoch bei der Handwerkskammer abbligte. Wie sich der Verein neuerdings entwickelt hat, wissen wir nicht; wir glauben aber kaum, daß sich die große Mehrheit der Tarifgegner in diesem Vereine inzwischen zu Paulussen gewandelt hat. Die Magdeburger Prinzipale, welche eine eigne Zwangsinnung für den Stadtbezirk bilden und den vereinigten Prinzipalen im Regierungsbezirk schon manchmal wegen deren Lehrlingszählerei unangenehm wurden, haben mit der Sache nichts gemein.

Unsere Zukunft liegt bei unserm Nachwuchs ist sicher ein viele Kollegen leitender Gedanke. Wenn man aber wieder im „Kottbusser Anzeiger“ liest, daß ein Buchbindermeister Brüdner in Sentleben einen Lehrling sucht, dem er als besondere Vergünstigung die Erlernung der „Kupferdruckerei“ in Aussicht stellt, dann kann es einem ob dieses Nachwuchses angst und bange werden. Was uns im Laufe eines Jahres an Prachtsergebnissen der gutenbergischen Kunst aus solchen Tempeln in die Hände kommt, ist wahrhaft erschreckend. Auf diesem Gebiete könnten die Handwerkskammern tatsächlich etwas Gutes leisten, aber leider ist hier fast überall die nötige Energie zu vermissen, oft leider auch bei den Gesellenanschießen.

Ueber gewerbsmäßige Druckereigründer bringt die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ eine interessante Schilderung. Die Geschichte nimmt selbstredend in einem Anzeigenblatte unsers Faches ihren Anfang. Ein Druckereibesitzer beschloß, diesem verlockenden Angebote auf den Grund zu gehen. Auf seine eingereichte Offerte meldete sich ein Schweizerdegen, der als den „ganz vorzüglichen Platz“, an welchem viele Künstler, viele Professoren und viele reiche Leute vorhanden sind, aber keine leistungsfähige Druckerei existiert, den Ort andeutet, in welchem er selbst seit 1 1/2 Jahren konditioniert, und zwar in der einzigen vorhandenen Druckerei. Also ein Konkurrenzunternehmen gegen seinen nicht leistungsfähigen Prinzipal will der in allen Zweigen des Buchdruckgewerbes wohl erfahrene Schweizerdegen errichten. Neben den Bedingungen für die Nachnahme des Ortes verpricht der unternehmungslustige Schweizerdegen verschiedene profitable Projekte in das Geschäft einzubringen, auch ein Patent auf einen „Apparat zum Setzen von Drucktypen mit beiden Händen zugleich“. Nach einigen Tagen kommt wieder eine Karte geflossen, laut welcher ein Papierhändler seine ganze Druckereieinrichtung gegen „Arbeiten“ loszuschlagen will; eine solche Gelegenheit usw. Damit aber alles ordnungsmäßig geregelt wird, muß derjenige, welcher sich den vorzüglichen Platz zum Selbständigwerden nachweisen lassen will, einen Verpflichtungschein unterschreiben, dessen Bedingungen folgende sind: „1. Vorherige Zahlung einer Vergütung von 500 Mk., geschrieben fünfshundert Mark. 2. Beschäftigung Müllers als Schweizerdegen bei Zahlung von 35 Mk. pro Woche. 3. Beteiligung Müllers am Reingewinne zu 50 Proz. Kündigung dieses Verhältnisses nach fünf Jahren mit einjähriger Kündigungsfrist unter entsprechender Ablösung des Austrittenden. 4. Entnahme aller von ihm hergestellten Utensilien, die für das zu gründende Geschäft nötig sind. 5. Vermittlung sämtlicher anderer Anschaffungen durch Müller bei Teilung des dadurch erzielten Gewinnes durch beide Kontrahenten. 6. Der Reingewinn wird berechnet unter Berücksichtigung entsprechender Abschreibungen, 4 Proz. Verzinsung des baren Anlagekapitals und gleichmäßiger wöchentlicher Entnahme oder Vergütung an die Kontrahenten.“ Dieser talentvolle Schweizerdegen heißt also Müller und gibt als Wohnort Leipzig an, damit der vorzügliche Platz dem Antragenden nur gar nicht bekannt wird. Aus den Bedingungen merkt man natürlich sofort heraus, wie man mit dem Herrn Müller daran ist. Da das Buchdruckgewerbe an zweifelhaften Druckereigründungen jedenfalls mehr wie genug hat, für die Gehilfen in solchen Geschäften selbstverständlich auch nicht das ewige Reich anbriecht, so kann es sicher nichts schaden, wenn dem Druckereigründer Müller das Konzept verborgen wird. Es wäre bedauerlich, wenn sich Dumme dazu finden würden.

Wie das Patentbureau von Heimann & Co. in Oppeln mittelst, ist eine Bogenanlegevorrichtung, bei der die Zuführung der Bogen mittels Nadeln erfolgt, Herrn Hermann Beyer in Stuttgart unter Nr. 158034 patentiert worden. Die Nadeln sind in gelenkig an den an einem Ende lose schwenkbar ausgehängten Armen befestigten Füßen schräg angeordnet, welche so gebogen sind, daß die Nadeln sich beim Auflegen beider Füßenden auf das Papier in der zum Ergreifen des Bogens günstigsten Lage befinden.

In Nr. 18 der „Buchdrucker-Woche“ befindet sich diese Notiz: „Zur Tarifbewegung in Oesterreich. Obwohl von Prinzipals- wie Gehilfenseite bereits ein neuer Tarifentwurf vorliegt, hat man in den weiteren Kreisen hiervon bisher wenig gehört, da sich die Vorarbeiten mit einer gewissen Zurückhaltung vollziehen und in den betreffenden Organen nur das Allernotwendigste registriert wird. Es liegt dies ja auch im Interesse beider Teile, und es steht zu hoffen, daß bei gutem Willen die sonst übliche Schärfe bei Diskussion der gegenseitigen Propositionen sich ganz vermeiden läßt. Den vorläufigen Vorschlägen ist zu entnehmen, daß die Gehilfenschaft eine Erhöhung des gewissen Geldes um 3 Kronen anstrebt und für Neuausgelehrte das Minimum auf 28 Kronen erhöht werden soll. Der Tausendpreis soll um 4 Heller erhöht werden, und es sind für Antiquarschrift und Spezialsätze kleinere Aufschläge vorgesehen; auch sollen Zinstrationen, die meistens erst beim Umbrechen eingeschaltet werden, voll bezahlt werden. Für Korrektoren wird ein Aufschlag von 25 Proz. vorgelesen. Für sogenannte technische Arbeiten, wie Formschließen, Abziehen, und Stereotypspielarbeiten, sollen nur qualifizierte Arbeiter verwendet werden. Der 1. Mai soll unter die Feiertage aufgenommen und die Arbeit an Sonnabenden um zwei Stunden gekürzt werden. Gefürchteten soll in der Woche ein halber freier Tag zum Konditionsjuden gewährt werden. Die Lehrlingskassa soll eine wesentliche Verschärfung erfahren, und zwar: auf 1 bis 3 Gehilfen 1 Lehrling, 4 bis 8 Gehilfen 2 Lehrlinge, 9 bis 12 Gehilfen 3 Lehrlinge, 13 bis 18 Gehilfen 4 Lehrlinge, 19 bis 25 Gehilfen 5 Lehrlinge, 26 bis 30 Gehilfen 6 Lehrlinge; auf je weitere 7 Gehilfen soll ein Lehrling entfallen. — Zu den Spezialbestimmungen für den Maschinenfabrikanten der „Monotyp“, „Monoline“ und „Typograph“ wird gefordert, daß zum Maschinenfabrikanten nur ordnungsmäßig ausgebildete Setzer sowie Setzerlehrlinge im letzten Jahre ihrer Lehrzeit herangezogen werden dürfen. Die Lehrzeit für den Maschinenfabrikanten wird auf 18 Wochen begrenzt. Zur Herstellung der Manuskriptstreifen für die „Monotyp“ und ähnliche Setz- und Gießmaschinen dürfen keine Setzer verwendet werden. Die Minimalleistungen

Fortsetzung in der Beilage.

Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Beilage zu Nr. 28. — Donnerstag den 9. März 1905.

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

an den Sechsmaschinen sind nach demselben Muster ganz eliminiert worden; das Berechnen an der Maschine soll gestaffelt, aber nicht mehr als eine Ueberstunde täglich zulässig sein. Ferner wird gefordert die offizielle Anerkennung der Vertrauensmänner als Mittelpersonen zwischen Prinzipalen und Gehilfen, also die Ausschaltung des Faktors resp. Geschäftsleiters als gegenseitiger Vermittler. In dem Prinzipalentsurfe verlangt ein Passus, daß Gehilfen, welche mit Umgehung der Schiedsgerichte durch Arbeitseinstellung etwas durchzusetzen trachten, als tarifjuristisch gelten und vor Aufhebung ihrer Maßregelung durch das Schiedsgericht in tarifstreuen Druckereien nicht beschäftigt werden dürfen. Die Gültigkeitsdauer des Tarifes wird gegenseitig auf drei Jahre gewürdigt, während die Prinzipale zehn Jahre verlangen, da sie nicht alle drei Jahre der Kündigung mit neuen Preisberechnungen kommen dürfen. Inwiefern das genannte Fachblatt schon jetzt solche Angaben (dieselben sind C. H. gezeichnet — Carl Hermann, Direktor der „Neuen Freien Presse“ in Wien?) bringen konnte, ist uns ein Rätsel, da am 5. März das engere Komitee zur Beratung des Tarifes zum erstenmale zusammgetreten ist. Wir können auch nicht begreifen, daß die Gehilfenschaft die Verwendung von Sechern an der Lastmaschine der Monotype verbietet und daß Secherlehrlinge im letzten Lehrjahre zur Maschinenarbeit herangezogen werden sollen (nach dem jetzigen Tarife dürfen nur ordnungsmäßig ausgebildete Secher an den Sechsmaschinen beschäftigt werden). Ebenso ausgeschlossen dürfte sein, daß die Gehilfen das Berechnen an der Sechsmaschine zugelassen wissen wollen, da in Oesterreich hierfür seit Austausch der Sechsmaschinen immer das gewisse Geld gebrauchlich war. Diese Mitteilungen der „B.-B.“ ähneln verdammt einer Wahnvision.

Einen schönen Erfolg haben die Kollegen in Eßeg (Slavonien) aufzuweisen. Es ist ihnen ohne ernstlichen Kampf gelungen, die neunstündige Arbeitszeit, einen Minimallohn und die Anerkennung der Organisation zu erreichen. Außer in Ugram und Eßeg hat die Gehilfenorganisation in Kroatien-Slavonien noch nicht Fuß gefaßt.

Ein lange gesuchter Defraudant wurde in Wasserburg a. N. (Bayern) in der Person des in einer dortigen Buchdruckerei seit längerer Zeit beschäftigten Schriftsetzers Kurt Baumgärtel verhaftet. B. hatte im Jahre 1901, wie der „Corr.“ damals meldete, in Bräun in Südtirol als Domänen der dortigen Sektion des österreichischen Verbandes und als Reisefasserverwalter die ihm anvertrauten Gelder unterschlagen und war jobann flüchtig geworden, ohne daß man seine Spur entdecken konnte. Zufällig kam jetzt ein Tiroler Kollege nach Wasserburg und erkannte Baumgärtel. Dieser wird wahrscheinlich dem Kreisgerichte in Bogen eingeliefert werden.

Die Ausstandsbeziehung in Rußland, welche sich mehr nach der Provinz verpflanzt hatte, ist nun auch in Petersburg wieder in starkem Aufleben begriffen. Verschiedene Zeitungen der russischen Hauptstadt haben vorübergehend ihr Erscheinen einstellen müssen. In Jarozyn und Wilna streikten die Buchdrucker ebenfalls.

Eine Ausstellung für gewerkschaftlichen Bureaubedarf wird mit dem Gewerkschaftstongresse in Köln verbunden sein. Veranstalterin ist die General-Kommission, die Ausstellung findet ebenfalls im „Gürz-nich“ statt.

In Arbeitswilligenschuß haben die Gerichte im Ruhrgebiete jetzt tagtäglich zu machen. Es handelt sich meist um Bagatellden, da ja die musterhafte Haltung der Streikenden selbst von der Reichsregierung anerkannt und gegen Verunglimpfung in Schutz genommen worden ist. Daß bei einem solchen Miesenausstände und namentlich bei einer so peinlichen Behütung der Arbeitswilligen vor jedem Worte und vor jeder Gebärde doch noch Fälle von angeblichem Terrorismus zu verzeichnen sind, kann gar nicht Wunder nehmen. Die Gerichte arbeiten in diesen Streiktagen mit einer auffallenden Schnelligkeit und urteilen mit einer Härte, die noch mehr frappieren muß. Da wird einmal als strafverschärfend in Betracht gezogen, daß die Angeklagten entgegen der Parole der Organisationen dennoch Arbeitswillige belästigt haben. Zu einem andern Falle wird das Futabnehmen vor Streikbrechern und das Ausspeien eines Primes (nachdem die Arbeitswilligen längst vorüber) als Beschimpfung der nützlichen Elemente angesehen und dergleichen Wertwürdigkeiten mehr. Die Strafen werden vielfach höher bemessen als die Anträge des Staatsanwaltes lauten. Direkt unfasslich ist ein Urteil gegen den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Bergarbeiterzeitung“, der zu einem Monate Gefängnis verurteilt wurde. Derselbe hatte in einem Vorwurfe an die Streikenden denjenigen als Feigling und lächerlichen Maulhelden bezeichnet, der den aufgenommenen Kampf abbede, bevor die Streikerkommission dies anordnete. Von bestimmten Personen war gar nicht die Rede. Danach sieht das Gericht die Arbeitswilligen als einen fest umgrenzten Personenkreis an; eine Auffassung, die zum mindesten erstaunlich ist.

Im Reichstage sah es in der verfloffenen Woche recht leer aus, die Zahl der anwesenden Volksboten dürfte an keinem Tage höher als 40 gewesen sein. Nachdem die Handelsverträge in dritter Lesung mit großer Mehrheit angenommen, hatte sich das Interesse der weitaus größeren Mehrheit der Abgeordneten an den Verhandlungen erschöpft. Um so lehrreicher waren aber die gepflogenen Beratungen, die sich ausschließlich um die zweite Lesung des Etats für das Reichsamt des Innern drehten. Es lagen nicht weniger als 21 Resolutionen vor: neun vom Zentrum, sieben von der Sozialdemokratie und fünf von der freisinnigen Volkspartei. Es wurde also ziemlich über alles gesprochen, was unter dem weiten Sammelbegriff Sozialpolitik fällt — und was nicht dazu gehört. Die Abgeordneten Erzberger vom Zentrum und Wurm von der sozialdemokratischen Partei besprachen die rhetorischen Kosten des ersten Tages, waren also die offiziellen Redner der hauptsächlich in Betracht kommenden Richtungen. Wenn der Abg. Pauli (konf.), ein Vertreter des Handwerkerstandes, andern Tages zunächst eindringlich warnte, in der Sozialpolitik es ja nicht zu weit zu treiben, um dann die schon am ersten Tage geforderte scharfe Abgrenzung der Begriffe Handwerk und Fabrik für sehr einfach zu erklären und ferner um einen Schutz des Gesellschafters zu betteln, dann haben wir damit einen Abklatsch von dem, was man auf der Rechten unter Sozialpolitik versteht. Der sachkundige Baumeister Pauli erieferte sich natürlich auch gegen die sozialdemokratische Resolution, welche die Unternehmer bestraft wissen will, die sich verabreden oder vereinigen, dem Arbeiter wegen Ausübung des Koalitionsrechtes das Fortkommen zu erschweren. Pauli nannte diese Verhöhung einer reichs-gesetzlichen Bestimmung durch selber recht viele Unternehmer einen schweren Eingriff in die Koalitionsfreiheit des Unternehmers! Graf Pofadowsky gab namens der Reichsregierung eine Neutralitätserklärung betreffs der Konjunkturvereine ab, was seinen preussischen Kollegen Wübbe nicht wenig gewundert haben wird; bezeichnete einen allgemeinen Befähigungsnachweis für das Handwerk als aussichtslos, einen besonders für das Baugewerbe aber für diskutabel, sprach des öftern von einer kommenden Novelle zur Gewerbeordnung, entwickelte ganz positive Ansichten über die Notwendigkeit der Kapitalassoziation, die allerdings auch zu einem schädlichen und deshalb zu bekämpfenden Größenwahn — den Trusts — führen könne, und erwähnte bei dem Kapitel Lehrlings-züchtere auch die bekannte Eingabe des Tarifantes der Deutschen Buchdrucker (Pofadowsky nannte allerdings den „Buchdruckerverband“ irrtümlich als Petenten). Diese Eingabe sei jetzt Gegenstand regierungszeitiger Erwägungen. Den Leuten, welche immer von einem rasenden Tempo unsrer Gesetzgebung phantastieren, kann die Geschichte dieser Petition eine Beruhigung sein. Bei der letzten Tarifrevision beschlossen, ist dieses Verlangen nach Sanktionierung der tariflichen Lehrlingskala also doch schon Gegenstand von Erwägungen geworden. Es wäre auch dazu vielleicht noch nicht gekommen, wenn unser Tarifamt nicht seit der letzten Sitzung des Tarifschusses (27. April 1904) schon wieder dreimal an den Bundesrat bzw. den Reichstangler in der Sache herantreten wäre. Der Antisemit Raab plädierte dafür, daß in der Schmiergeldfrage in erster Linie die Bestecher zur Bestrafung gezogen werden müßten. Nachside von der freisinnigen Vereinigung lieferte den Beweis, daß seine Partei in sozialpolitischen Dingen immer die zweite Seele in der Brust einschaltet. Wenn für diese Richtung die Zentrumsrevolution nach einer generell Maximalarbeitszeit von zehn Stunden auch für männliche Arbeiter nicht annehmbar ist, dann gute Nacht! Der Zentrumsabgeordnete Rimbom beehrte sich gar noch, Nachside und anderen Zweifeln zu versichern, daß seine Partei ja beabsichtigt, den gesetzlichen Zehnstundentag mit einem so sorgfältig ausgearbeiteten Systeme von Ausnahmebestimmungen zu umgeben wie etwa die Sonntagsruhe. Dieses Eingeständnis, welches in der Tat den mit der Maximalarbeitszeit für männliche Arbeiter zu erzielenden Fortschritt wieder total in Frage stellen würde, nagelte Wurm in seiner nachfolgenden zweiten großen Rede gebührend fest. Sonst sprach Rimbom ganz vernünftig; die jegige Willkür der Polizei gegen Streikposten fand entschiedene Verurteilung durch ihn, weil das Streikpostenfischen einen Bestandteil des Koalitionsrechtes ausmacht. In breiter Ausführlichkeit behandelte Wurm die Festsetzung eines sanitären Maximalarbeitstages für sogenannte giftige Betriebe. Am Donnerstag brach Abgeordneter Frähdorf die Krankentassenfrage, die Verzeitsstreik und von diesen im besondern den Leipziger Kampf zur Sprache. Der sächsische Bundesratsbevollmächtigte Fischer erkannte die objektive Darstellung des Leipziger Verzeitsstreiks durch Frähdorf an und gestand Verhehlungen der Leipziger Verzeitsführung in einer solchen Anzahl zu, daß man wirklich hoff sein konnte. Pofadowsky brachte noch eine bedeutungsvolle Antinidigung. Die jegige Verfassung unrer sozial-politischen Gesetzgebung könne nicht lange mehr so bestehen

bleiben; man habe einen Koloss aufgebaut auf tönernen Füßen. Eine einheitliche Form mit einer berufsmäßigen Leitung als Unterbau müsse geschaffen werden. Bezeichnend war, daß diese Aueutung nur von der Linken und der Mitte des Hauses mit lebhafter Zustimmung quittiert wurde. Die Krankentassen, erklärte Pofadowsky noch, seien nicht der Organisation oder der Verzeits wegen geschaffen, sondern allein nur der kranken Arbeiter willen. Der vorletzte Tag gehörte eigentlich dem Abgeordneten Mugdan von der freisinnigen Volkspartei, ein Arzt von Beruf. Dr. Mugdan hat sich schon während der vor-jährigen Tagung eine glatte Niederlage mit seiner Verteidigung des Vorgehens der Verzeitschaft und seinen Angriffen auf die Krankentassen geholt. Diesmal ging der Herr noch fanatischer vor. Das bewußte Fördern Wahrheit ist schließlich ja überall vorzufinden, bei einer solchen gehässigen, fast nur in eigener Sache geführten Kampfesweise ist aber aller Effekt dahin. Wenn der sächsische Bundesratsbevollmächtigte Fischer, ein Regierungsvertreter, der bei der Grummitschandebehalte sich wegen der Verteidigung der Unternehmerpraktiken und der behördlichen Maßnahmen eine kolossale Schlappe zuzog, jetzt von dem Eisener Mugdan quasi in den sozialdemokratischen Topf geworfen wurde, so daß Herr Fischer den Freisinnsmann öffentlich frug, ob er ihn vielleicht bei seiner Regierung habe denunzieren wollen, und so sich — einem Vertreter der Regierung Sachjense — behauptete, daß sein sozial-politisches Verständnis in mancher Beziehung weiter gehe als das des Dr. Mugdan, daß weiter er (der Regierungsvertreter) zwar ein entschiedener Gegner der Sozialdemokratie, aber nicht so verrannt sei in seiner Gegnerschaft gegen dieselbe, um nicht anzuerkennen, wenn ein sozialdemokratischer Abgeordneter sachlich gesprochen habe wie dies Frähdorf über den Leipziger Verzeitsstreik getan. Wir können uns nicht befinden, daß — bei Berücksichtigung aller gerade in diesem Falle wichtigen Nebenumstände — ein Abgeordneter sich eine so eklantante Niederlage geholt hätte wie Mugdan, der übrigens auch auf alle nachfolgenden Zusehungen kein Wort der Erwiderung fand. Am letzten Tage wurde der Antrag Wurm und Genossen betreffs Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, von Arbeits-kammern und Einigungsämtern der Regierung ohne Vor-nahme der zweiten Lesung zur Berücksichtigung überwiesen. Es ist das ein parlamentarische Novum, das einer Verständigung der maßgebenden Parteien im Interesse des Fortschreitens der Reichstagsarbeiten seine Anwendung verdammt.

Der Streik der Berliner Kleber ist beendet, weil der Abschluß eines Tarifvertrages als gesichert gilt.

Die italienischen Eisenbahner haben die Obstruktion eingestellt, um die Stellungnahme des neuen Ministeriums zur Eisenbahnvorlage bzw. zum Streikverbote — das Kabinett Giolitti hat infolge der Obstruktion demissioniert — abzuwarten.

Briefkasten.

Itz. in Hannover: Die Redaktion ist sich darin einig, daß aus Ihrem Artikel kein Mensch flug werden kann. Ihre Berechnungen sind so sonderbare und unmögliche, daß wir sie unmöglich abdrucken können. — Fr. E. in Hannover: Ihre Veröffentlichung kann nichts mehr nützen, da die Staatsanwaltschaft bereits entschieden eingegriffen hat, und unsere Situation durch Veröffentlichung Ihrer Zuschrift nur verschlechtert werden könnte. — N. in Königsberg i. Pr.: Nein, das einfache Konstatieren von Tatsachen ist kein „Verbrechen“, aber dabei hatte es eben nicht sein Bewenden, deshalb unsere Kritik. Da sich, wie Sie mitteilen, die nächste Ortsvereinsversammlung damit beschäftigen wird, eilrätig ist Ihre Entsendung. — Nach Guskirchen: Da wir die örtlichen Verhältnisse nicht näher kennen, am Rheine überhaupt in der Facklungszeit so manches nicht normal ist, können wir kein Urteil darüber fällen. Im allgemeinen kann man die Sache aber nicht als schädlich bezeichnen. — D. F. W. in Blauen: Nach Note 192 des Tarifkommentars darf von keiner tarifstreuen Buchdruckfirma Kauionsstellung verlangt werden. Nach § 134 Abs. 2 der Gewerbeordnung kann nur für den Zeitraum einer Woche der Unternehmer eine Strafe für die rechtswidrige Auflösung des Arbeitsverhältnisses ausbedingen, welche die Höhe eines durchschnittlichen Wochenlohnes nicht übersteigen darf. Wenn in der Arbeitsordnung sich ein derartiger Passus nicht befindet, kann er überhaupt nichts verlangen. Wie die Sache diesbezüglich liegt, können wir aus Ihrem Schreiben nicht ersehen. Ob Sie einen zweiten Prozeß gewinnen, läßt sich von hier aus also nicht beurteilen. Sie müssen aber auch den Fall dem Gehilfenvertreter mitteilen, wenn es auch nachträglich für Sie keinen direkten Vorteil mehr hat. — W. R. in Elmshorn: 3,05 Mk. — N. in Wilmshagen: Derselbe Sachen haben unter „Verbandsnachrichten“ nichts zu suchen; eine Veröffentlichung also nur im Inseratenteil möglich. Besten Gruß! — D. F. in L.: Fragen Sie beim Zentralvorstand an. — E. W. in Kognau: Wenden Sie sich an das Tarifamt. — J. E. in Dornauwörth: Diese Schreibweise bezieht sich nur auf „sich“.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Gnamplatz 5, III.

Bezirk Dessau. Die erste diesjährige Bezirksversammlung findet Sonntag den 9. April in Bitterfeld statt. Anträge zu derselben sind bis zum 26. März an den Vorsitzenden zu richten.

Bernburg. Der von hier am 27. Februar spurlos verschwundene Seher Gustav Potzschalk aus Berlin wird hierdurch aufgefordert, seinen hiesigen hinterlassenen Verpflichtungen gegen den Verband unverzüglich nachzukommen, andernfalls die Konsequenzen der B. sich selbst zuzuschreiben hat. Dem gegenwärtigen Aufenthalt des Gesuchten wolle man dem Vertrauensmann Hermann Stöck, Schäferstraße 43, melden.

Bingen a. Rh. Der erste Vorsitzende Georg Tiefel wohnt Kaufhausgasse 3 (vom 1. April ab Heinrichstr. 8).

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Bayreuth die Seher 1. Georg Häfner, geb. in St. Johannes 1887, ausgl. in Bayreuth 1904; 2. Baptist Strauß, geb. in Bayreuth 1887, ausgl. das. 1904; waren noch nicht Mitglieder. — In Hof die Seher 1. Hans Herpich, geb. in Helmbrechts 1883, ausgl. das. 1900; 2. Hans Köhler, geb. in Hof 1886, ausgl. das. 1903; 3. Richard Kammeler, geb. in Weisendorf 1884, ausgl. das. 1901; waren noch nicht Mitglieder. — In Weiz in München, Auenstraße 22, I.

In Bingen der Seher Christof Grahl, geb. in Erbach (Odenwald) 1884, ausgl. in Weisstadt (Baden) 1901; war noch nicht Mitglied. — Heinz. Zech II in Mainz, Rheinallee 13.

In Danzig die Seher 1. Johann Kunz, geb. in Danzig 1884, ausgl. das. 1903; war noch nicht Mitglied; 2. Richard Weim, geb. in Kempen (Posen) 1880, ausgl. in Strefno (Posen) 1898; war schon Mitglied. — In Marienwerder der Seher Oskar Reißberg, geb. in Graudenz 1885, ausgl. in Königsberg 1903; war noch nicht Mitglied. — H. M. David in Danzig, Grabengasse 9.

In Erstein 1. der Schweizerdegen Paul Ruzsger, geb. in Zelle (Kr. Zwidau) 1881, ausgl. in Rue 1899; war noch nicht Mitglied; 2. der Seher Fritz Wegger, geb. in Erstein 1885, ausgl. das. 1903; war schon Mitglied. — E. Schrobi in Straßburg-Neudorf, Polygonstr. 23 a.

In Weichen der Seher Adolf Nuppel, geb. in Friedberg 1881, ausgl. das. 1899; war noch nicht Mitglied. — August Holland, Schulstraße 11, II.

In Suhl der Seher Otto Blume, geb. in Wenigen-Sünmern b. Sünmerda 1886, ausgl. in Rindelsbrück 1904; war noch nicht Mitglied. — L. Stange in Erfurt, Mosteifstraße 20.

Verband der Elsaß-Lothringischen Buchdrucker.

Bezirk Kolmar. Die Adresse des Bezirkskassierers lautet von nun ab: E. Siegfried, Tannackerstr. 25.

Tarifant der Deutschen Buchdrucker.

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.

Briefadresse: J. S. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliess.

Elfter Nachtrag

zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1904.

(Begründete Einwendungen gegen die Aufnahme einer Firma sind spätestens innerhalb 14 Tagen einzureichen.)

I. Preis.

†* Ankum: Crone, S.

†* Fürstenaub. S.: Sasse, Fritz.

Hamburg: Pfajst, Gustav.

* Wapenburg: Buchdruckerei der Ems-Zeitung.

Vegefac: Borowsky, F. W. I.

II. Preis.

Kolberg: Rhein- und Moselbote.

Mülheim a. Rh.: Pleß, L.

III. Preis.

†* Herborn: Uding, C.

IV. Preis.

Herbolzheim: Kaiser, J.

Landau (Pfalz): Frey, G. S.

Stuttgart: Stuttgarter Spezial-Verfäbrerei (Fr. Holzinger).

Wildbad: Hofmann, Bernh.

V. Preis.
Altenberg: Mantel, M.
Alzenau: Vög & Hammer.
Bayreuth: Schwindel, Adm.
Brud.: Wurmböcher, Max.
Dinkelsbühl: Ströbel, L.
Donauersingen: Müller, Fern.
Feuchtungen: Rupprecht, L.
Geiselhöring: Hellmuth, G. N.
Grafenau: Morjak, Karl.
Hammelburg: Müller.
Hengersberg: Gulterer, J.
Hof: Bachmann, Karl.
Kirchenlamitz: Reichert, Daniel.
Kronach: Heim, Julius.
Landshut: Schenpauer, Anton.
Loth a. M.: Keller, C.
München: Auerbacher, Erns; Krug, Fritz.
Naiba (Oberfr.): Sommerer, C.
Oberhausen: Wittenreiter, Hans.
Obervechtach: Mahir, Adolf.
Ottobrunen: Garischer Buchdruckerei (F. Baur).
Passau: F. Haritz Buchdruckerei.
Regen: Dirmair, Felix.
Rothenheim: Niedermayr, M.
Spalt: Fuchs, Rudolf.
Traunstein: Leopoldseher, Ed.
Wilsbiburg: Pfeiffer, Hans.
Wohlfahrt: Stimpfer, Gg.
Windsheim: Delp, Heinrich.
Würzburg: Buchdruckerei „Univerfal“.

VIII. Preis.
Berlin: Berliner Bildbrudanstalt, Kunst- und Buchdruckerei, G. m. b. H.
Forst: Forster Papierwarenfabrik.

IX. Preis.
Breslau: Paske & Freudenthal.
Stettin: Senke, Fritz.

Berlin, 4. März 1905.
Georg W. Buxenfein, L. S. Gieseler, Prinzipalvorsitzender, Geschäftsvorsitzender.
Paul Schliess, Geschäftsführer.

Eilt!

[733]

Zum Verkauf von Zigarren an Wirte usw. wird ein tüchtiger Agent gesucht, gleich wo wohnhaft. Vergütung ev. 250 Mk. pro Monat oder hohe Provision. A. Rieck & Co., Hamburg.

Infolge Erkrankung unseres bisherigen Maschinenmeisters suchen wir für sofort einen tüchtigen

Werk- und Plattendrucker.

Die Stellung ist bei zufriedenstellenden Leistungen dauernd.

Brühlsche Universitätsdruckerei

Gießen. [731]

Jüngerer, intelligenter

Maschinenmeister

für einfache Schnellpresse nach Breslau gesucht. Eintritt 3. April. Ausführliche Offerten unter X. 727 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Schweizerdegen

der Mustergültigen im Drucke auf Schnell- und Tiegolddruckpresse leistet und am Kasten ausstellen kann, gesucht. Bei zufriedenstellenden Leistungen Stelle dauernd. Wertes Offerten wolle man Zeugnisabschriften beilegen. [735]

Buch- und Kunstdruckerei Wihl. Specht Binbeck (Hannover).

Tüchtiger Galvanoplastiker

mit besten Zeugnissen, der besonders in genau systematischen Arbeiten gewandt u. mit großer Fertigkeit in gute und dauernde Stellungen gesucht. Zeugnisse u. Gehaltsansprüche erbeten. [734]

Schriftsetzerei Genssf & Heuse, Hamburg 22.

Stempelschneider

für im Zeug- oder Stahlstempel, finden dauernde und lohnende Stellung in der Schriftsetzerei Emil Garsh, Berlin SW, Oneisenstraße 27. [709]

Jüngerer, strebsamer, und in allen Sargarten bewandertes Schriftsetzer sucht dauernde Kondition. Werte Offerten erbeten an Franz Hildner, Filzstr. 11, Rosenstraße 55. [738]

Schriftsetzer

in allen Sargarten bewandertes, der französischen Sprache mächtig, sucht Stellung. Werte Offerten unter B. F. 726 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Jüngerer Galvanoplastiker sucht Stellung als Arbeiter. Werte Offerten unter K. F. 90 hauptpostlagernd Leipzig erbeten. [719]

Buchdruckmaschinenmeisterverein DORTMUND.

Samstag den 11. März:

Feier des ersten Stiftungsfestes

im Saale des Reichshofes, Westenhellweg bestehend in Konzert, Vorträgen, Theater und Ball.

Anfang 8 Uhr.

Karten sind bei den Mitgliedern zu haben.

Die Herren Kollegen des Bezirks sind hierdurch freundlichst eingeladen. [739]

Bezirk Frankfurt a. M.

Sonntag den 12. März, vormittags 10 1/2 Uhr:

Bezirks-Hauptversammlung

im großen Saale des Gewerkschaftshauses (Eingang Stollstraße).

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden über die Entwicklung des Bezirks im verflochtenen Jahre; 2. Rechnungslegung des Kassierers; 3. Statistischer Bericht des Bezirkes und Arbeitslosenverwalters; 4. Bericht der Revisoren und Bedarfsangelegenheiten; 5. Bericht über den Stand der Bibliothek; 6. Renumeration des Vorstandes und der Bibliothekare; 7. Vorschläge zur Neuwahl des Bezirksvorstandes; 8. Neuwahlen zu den übrigen Ämtern des Bezirkes; 9. Wahl der Revisoren.

Den in auswärtigen Orten des Bezirkes Frankfurt konditionierenden Kollegen wird Fahrtenzuschußung 4. Klasse gewährt und erwartet zahlreiches Erscheinen aller hiesigen und auswärtigen Kollegen. Der Bezirksvorstand. [736]

Maschinenmeister-Verein Hamburg-Alttonaer Buchdrucker.

Sonabend den 11. März, abends punkt 9 Uhr, im Vereinslokal bei Herrn H. Böhring, Großneumarkt 50:

Monatsversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Monatsabrechnung; 3. Besprechung des Fiskus der Zentralkommission; 4. Bericht des Vergütungs Ausschusses und Geldbewilligung; 5. Technisches, u. a. Vortrag des Kollegen Mich. Meyer über Doppeltonfarben; 6. Bericht des Vorstandes.

An Anbetracht der reichhaltigen Tagesordnung ersucht um pünktliches und vollständiges Erscheinen Der Vorstand. [737]

Darmstadt. Samstag 11. März, abends präzis 9 Uhr, in Wöltgers Brauerei (Ludwigsplatz): Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Protokollüberprüfung; 2. Wahl eines Kranenbesuchers und eines Revisors; 3. Anträge zur Generalversammlung; 4. Bericht des Vorstandes. Einträge sind vor Beginn der Versammlung einzureichen. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht Der Vorstand. [729]

Dresden. Donnerstag den 9. März abends 8 1/2 Uhr: Gesamtmittgliederversammlung im großen Saale des „Volkshauses“. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand. [725]

Offertenbriefe sind ausschließlich an die Geschäftsstelle des Corr. (Konrad Fichtenrieder) ohne Freimarke können nicht befördert werden. Die Geschäftsstelle des Corr.



**Buchdrucker-
Studien**
Heft 1, 2 und 3
a 50 Pf. — Porto 5 Pf.
**Buchdrucker-
Salamander**
13 Pf. [728]
Graph. Verlags-Anstalt, Halle-Saale.
Graphischer Anzeiger gratis und franko.

Am 3. März verschied nach fast einjähriger Krankheit unser werter Kollege, der Schriftsetzer
Hugo Schorch
aus Buttstädt i. Th. im 21. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Ortsverein Elmshorn. [730]

Heute verstarb nach langem schweren Leiden unser lieber Kollege
Adolf Stempel
aus Schleswig, 44 1/2 Jahre alt. Sein freundliches, kollegiales Wesen, sein stetes Festhalten an unserer Organisation, der er seit seinem Auslernen angehörte, sichern ihm ein ehrendes Andenken in der Kollegenschaft.
Flensburg, den 3. März 1905.
[732] Mitgliedschaft Flensburg.

Richard Härtel, Leipzig-R.
(Inhaberin: Klara verw. Härtel)
Kohlgartenstrasse 43
liefert Werke aller Art zu Ladepreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.
Der Faktor. Hilfsbuch für Faktoren. Geb. 4 Mk.
Der Typographische. Hilfsbuch für die Anstalt. Mit 17 Tafeln. 2 Mk.
Vervielfältigung der Buchdruckerei deutscher Sprache. Bearbeitet von Dr. Konrad Duden. 1.50 Mk.
Illustrierte Enzyklopädie der graphischen Künste und der verwandten Zweige. 911 S. Lexikonformat mit 381 Ill. eleg. geb. 12 Mk.
Der Satz des Italienischen. Von Heinicke. Mit besonderer Berücksichtigung der Aussprache. 30 Pf.
Wörterbuch der Buchdrucker und Schriftsetzer. Circa 1700 fachgenau u. sachgemäß zusammengestellte Wörter und Redensarten, sprachlich und fachlich kurz erläutert von L. Ziemlich. 1.20 Mk.
Zusammenhang. Allerlei Zeichnungen u. Skizzen von G. Habris, Sticharbeiten, Zierarbeiten, Ziernetze usw. Von C. Kettler. 1897. Antiquar. 20 Mk. für 10 Mk. angeboten.
Galvanoplastik. Von Fering. Geb. 3 Mk.
Wein nach dem Verbands. Manuskript von C. Böhle jr. Part.-Ausgabe à 10 Pf.